

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben im Umsatzsteuerrecht

A. Problem und Ziel

Im Rahmen des Jahressteuergesetzes (JStG) 2020 hat der Gesetzgeber der Bundesregierung aufgegeben, die Höhe der Vorsteuerbelastung der Pauschallandwirte jährlich anhand aktueller statistischer Daten zu überprüfen. Die Vorsteuerbelastung ist für den Gesetzgeber ein wichtiges Kriterium, um den Durchschnittssatz für die Pauschallandwirte in § 24 Umsatzsteuergesetz (UStG) in zutreffender Höhe festzulegen. Ein zu hoher Durchschnittssatz ist nach dem Unionsrecht nicht zulässig und führt zudem zu Steuerausfällen. Nach dem JStG 2020 soll das BMF daher dem Gesetzgeber eine Änderung des Durchschnittssatzes vorschlagen, soweit dies aufgrund der ermittelten Vorsteuerbelastung erforderlich ist.

Daneben muss die Richtlinie (EU) 2021/1159 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie (ABl. L 250 vom 15. 7. 2021, S. 1) bis zum 31. Dezember 2021 in nationales Recht umgesetzt werden.

B. Lösung

Um den Vorgaben des Unionsrechts Rechnung zu tragen wird der Durchschnittssatz für Pauschallandwirte auf den jeweils aktuellen Wert angepasst. Für das Jahr 2022 beträgt der Durchschnittssatz 9,5 Prozent.

Die in der Richtlinie (EU) 2021/1159 für bestimmte europäische Einrichtungen vorgesehene Entlastung von der Umsatzsteuer wird so weit wie unionsrechtlich möglich im Wege des Vergütungsverfahrens umgesetzt. Für Einfuhrfälle wird eine Steuerbefreiung eingeführt.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Durchschnittssatz von 9,5 Prozent im Jahr 2022 dürfte zu Umsatzsteuermehreinnahmen in einer Größenordnung von 95 Mio. Euro führen. Die Auswirkungen in Folgejahren sind von der konkreten Höhe des dann geltenden Durchschnittssatzes abhängig.

Auf Grundlage der Angaben der KOM zu den voraussichtlichen Einsparungen bei den Ausgaben der KOM für MwSt werden die auf Deutschland entfallenden Mindereinnahmen im Besteuerungszeitraum 2021 auf eine Größenordnung von 30 Mio. € geschätzt. Die Auswirkungen ab 2022 dürften geringer ausfallen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht durch dieses Gesetz kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Insgesamt entsteht für die Wirtschaft ein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von 170 Tsd. Euro. Dieser Aufwand geht vollständig auf Bürokratiekosten durch Informationspflichten zurück.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Finanzverwaltung der Länder ergibt sich keine Änderung des Erfüllungsaufwands in den Finanzämtern. Für das Bundeszentralamt für Steuern und die Zollverwaltung entsteht ein zu vernachlässigender personeller Mehraufwand.

F. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, einschließlich mittelständischer Unternehmen, entstehen keine direkten sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind gegeben, in Abhängigkeit davon, ob und inwieweit die Absenkung des Durchschnittssatzes in den Preisen weitergegeben wird.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben im Umsatzsteuerrecht¹

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Das Umsatzsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. März 2021 (BGBl. I S. 330) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 24 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Satz 3 wird jeweils die Angabe „10,7 Prozent“ durch die Wörter „den nach Absatz 5 für das jeweilige Kalenderjahr geltenden Durchschnittssatz“ ersetzt.
- b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Der Durchschnittssatz ergibt sich aus dem Verhältnis der Summe der Vorsteuern zu der Summe der Umsätze aller Unternehmer, die ihre Umsätze nach Absatz 1 Nummer 3 versteuern, in einem Zeitraum von drei Jahren. Der Durchschnittssatz ist auf eine Nachkommastelle kaufmännisch zu runden. Der Zeitraum des Satzes 1 beginnt mit dem 1. Januar des vierten Jahres vor dem Jahr, in dem der Durchschnittssatz ermittelt wird. Er endet mit Ablauf des 31. Dezember des zweiten Jahres, das dem Jahr vorausgeht, in dem der Durchschnittssatz ermittelt wird. Der ermittelte Durchschnittssatz ist ab dem 1. Januar des Jahres anzuwenden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem der Durchschnittssatz als gewichteter Mittelwert berechnet worden ist. Der ermittelte Durchschnittssatz ist vom Bundesministerium der Finanzen spätestens zum 30. September des Kalenderjahres, in dem er ermittelt worden ist, im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.“

2. Dem § 27 wird folgender Absatz 36 angefügt:

„(36) § 24 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Satz 3 sowie Absatz 5 in der am 1. Januar 2022 geltenden Fassung ist auf Umsätze, die nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. Januar 2023 ausgeführt werden, mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Durchschnittssatz für die übrigen Umsätze 9,5 Prozent beträgt.“

¹ Artikel 2 Nummer 3 und 4 dienen der Umsetzung von Artikel 1 der Richtlinie (EU) 2021/1159 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie (ABl. L 250 vom 15. 7. 2021, S. 1).

Artikel 2

Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Das Umsatzsteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 4a wird wie folgt gefasst:

„§ 4a Steuervergütung für Leistungsbezüge zur Verwendung zu humanitären, karitativen oder erzieherischen Zwecken im Drittlandsgebiet“.

b) Nach der Angabe zu § 4b wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 4c Steuervergütung für Leistungsbezüge europäischer Einrichtungen“.

2. In § 4a wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„§ 4a

Steuervergütung für Leistungsbezüge zur Verwendung zu humanitären, karitativen oder erzieherischen Zwecken im Drittlandsgebiet“.

3. Nach § 4b wird folgender § 4c eingefügt:

„§ 4c

Steuervergütung für Leistungsbezüge europäischer Einrichtungen

(1) Europäischen Einrichtungen wird

1. die von dem Unternehmer für eine Leistung gesetzlich geschuldete und von der Einrichtung gezahlte Steuer sowie
2. die von der Einrichtung nach § 13b Absatz 5 geschuldete und von ihr entrichtete Steuer

auf Antrag vergütet, sofern die Leistung nicht von der Steuer befreit werden kann.

(2) Europäische Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 sind

1. die Europäische Union, die Europäische Atomgemeinschaft, die Europäische Zentralbank und die Europäische Investitionsbank sowie die von der Europäischen Union geschaffenen Einrichtungen, auf die das dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügte Protokoll (Nr. 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union (ABl. C 202 vom 7. 6. 2016, S. 266) anwendbar ist, und
2. die Europäische Kommission sowie nach dem Unionsrecht geschaffene Agenturen und Einrichtungen.

(3) Die Vergütung an eine in Absatz 2 Nummer 1 bezeichnete Einrichtung erfolgt in den Grenzen und zu den Bedingungen, die in dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten

Protokoll (Nr. 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union und den Übereinkünften zu seiner Umsetzung oder in den Abkommen über den Sitz der Einrichtung festgelegt sind.

(4) Die Vergütung an eine in Absatz 2 Nummer 2 bezeichnete Einrichtung setzt voraus, dass die Leistung

1. in Wahrnehmung der der Einrichtung durch das Unionsrecht übertragenen Aufgaben bezogen wurde, um auf die COVID-19-Pandemie zu reagieren, und
2. nicht zur Ausführung einer eigenen entgeltlichen Leistung verwendet wird.

Soweit die Voraussetzungen nach Antragstellung wegfallen, ist die Einrichtung verpflichtet, dies dem Bundeszentralamt für Steuern innerhalb eines Monats anzuzeigen.“

4. In § 5 Absatz 1 Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und werden folgende Nummern 8 und 9 angefügt:

„8. von Gegenständen durch die Europäische Union, die Europäische Atomgemeinschaft, die Europäische Zentralbank und die Europäische Investitionsbank sowie die von der Europäischen Union geschaffenen Einrichtungen, auf die das dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügte Protokoll (Nr. 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union (ABl. C 202 vom 7. 6. 2016, S. 266) anwendbar ist, und zwar in den Grenzen und zu den Bedingungen, die in diesem Protokoll und den Übereinkünften zu seiner Umsetzung oder in den Abkommen über den Sitz festgelegt sind;

9. von Gegenständen durch die Europäische Kommission sowie nach dem Unionsrecht geschaffene Agenturen und Einrichtungen, sofern die Gegenstände in Wahrnehmung der ihnen durch das Unionsrecht übertragenen Aufgaben eingeführt werden, um auf die COVID-19-Pandemie zu reagieren. Dies gilt nicht für Gegenstände, die von der Europäischen Kommission oder der nach dem Unionsrecht geschaffenen Agentur oder Einrichtung zur Ausführung von eigenen entgeltlichen Lieferungen verwendet werden. Soweit die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung nach der Einfuhr wegfallen, ist die Europäische Kommission oder die nach dem Unionsrecht geschaffene Agentur oder Einrichtung verpflichtet, dies dem für die Besteuerung dieser Einfuhr zuständigen Hauptzollamt innerhalb eines Monats anzuzeigen. In diesem Fall wird die Einfuhrumsatzsteuer nach den im Zeitpunkt des Wegfalls geltenden Bestimmungen festgesetzt.“

5. Dem § 27 wird folgender Absatz 35 angefügt:

„(35) § 4c in der Fassung des Artikels 2 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist auf Leistungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2020 bezogen werden. § 5 Absatz 1 Nummer 8 und 9 in der Fassung des Artikels 2 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle des vorliegenden Änderungsgesetzes*] ist auf Einfuhren nach dem 31. Dezember 2020 anzuwenden.“

Artikel 3

Änderung des Jahressteuergesetzes 2020

Artikel 15 Nummer 3 des Jahressteuergesetzes 2020 vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) wird wie folgt geändert:

1. In Buchstabe a wird die Angabe „Nummer 7“ durch die Angabe „Nummer 9“ ersetzt.
2. In Buchstabe b wird jeweils die Angabe „8“ durch die Angabe „10“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Artikel 1 tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Im Rahmen des Jahressteuergesetzes (JStG) 2020 hat der Gesetzgeber der Bundesregierung aufgegeben, die Höhe der Vorsteuerbelastung der Pauschallandwirte jährlich anhand aktueller statistischer Daten zu überprüfen. Die Vorsteuerbelastung ist für den Gesetzgeber ein wichtiges Kriterium, um den Durchschnittssatz für die Pauschallandwirte in § 24 Umsatzsteuergesetz (UStG) in zutreffender Höhe festzulegen. Ein zu hoher Durchschnittssatz ist nach dem Unionsrecht nicht zulässig und führt zudem zu Steuerausfällen. Nach dem JStG 2020 soll das BMF daher dem Gesetzgeber eine Änderung des Durchschnittssatzes vorschlagen, soweit dies aufgrund der ermittelten Vorsteuerbelastung erforderlich ist.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Um den Vorgaben des Unionsrechts Rechnung zu tragen, wird der Durchschnittssatz für Pauschallandwirte auf den jeweils aktuellen Wert angepasst. Für das Jahr 2022 beträgt der Durchschnittssatz 9,5 Prozent.

Daneben wird die Richtlinie (EU) 2021/1159 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie (ABl. L 250 vom 15.7.2021, S. 1) in nationales Recht umgesetzt.

III. Alternativen

Keine.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich aus Artikel 105 Absatz 2 erste Alternative des Grundgesetzes (GG), da das Steueraufkommen diesbezüglich dem Bund ganz oder teilweise zusteht.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

Das Unionsrecht ermöglicht die Anwendung eines Pauschalausgleich-Prozentsatzes für Land- und Forstwirte. Einzelheiten ergeben sich aus dem besonderen Teil der Gesetzesbegründung.

Die Entlastung bestimmter europäischer Einrichtungen beruht auf den Bestimmungen der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Regelung führt dazu, dass die bestehende Rechts- und Verwaltungsvereinfachung an die Vorgaben des Unionsrechts angepasst wird.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Das Vorhaben entspricht einer nachhaltigen Entwicklung, indem es fachlich notwendigen Gesetzgebungsbedarf im Umsatzsteuergesetz umsetzt. Die Maßnahmen betreffen insbesondere folgende Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung: (3.) Natürliche Lebensgrundlagen erhalten und (4.) Nachhaltiges Wirtschaften stärken. Es unterstützt dabei den Indikatorenbereiche 2.1.a und 2.1.b (Landbewirtschaftung) sowie 2.2. (Ernährungssicherheit). Eine Nachhaltigkeitsrelevanz bezüglich anderer Indikatoren ist nicht gegeben.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Durchschnittssatz von 9,5 Prozent im Jahr 2022 dürfte zu Umsatzsteuermehreinnahmen in einer Größenordnung von 95 Mio. Euro führen. Die Auswirkungen in Folgejahren sind von der konkreten Höhe des dann geltenden Durchschnittssatzes abhängig.

Auf Grundlage der Angaben der KOM zu den voraussichtlichen Einsparungen bei den Ausgaben der KOM für MwSt werden die auf Deutschland entfallenden Mindereinnahmen im Besteuerungszeitraum 2021 auf eine Größenordnung von 30 Mio. € geschätzt. Die Auswirkungen ab 2022 dürften geringer ausfallen.

4. Erfüllungsaufwand

Insgesamt entsteht für die Wirtschaft ein zusätzlicher jährlicher Erfüllungsaufwand von 170 Tsd. Euro. Dieser Aufwand geht vollständig auf Bürokratiekosten durch Informationspflichten zurück.

Für die Finanzverwaltung der Länder ergibt sich keine Änderung des Erfüllungsaufwands in den Finanzämtern. Für das Bundeszentralamt für Steuern und die Zollverwaltung entsteht ein zu vernachlässigender personeller Mehraufwand.

5. Weitere Kosten

Der Wirtschaft, einschließlich mittelständischer Unternehmen, entstehen keine direkten sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind gegeben, in Abhängigkeit davon, ob und inwieweit die Absenkung des Durchschnittssatzes in den Preisen weitergegeben wird.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zuwiderlaufen.

VII. Befristung; Evaluierung

Ziel ist die laufende Aktualisierung des Durchschnittssatzes für Landwirte. Eine Befristung oder Evaluierung ist nicht vorgesehen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes)

Zu Nummer 1

§ 24 Absatz 1 Nummer 3 und Satz 3 und Absatz 5 – neu –

Artikel 296 Absatz 1 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. EU Nr. 347 S. 1, Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie – MwStSystRL) gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, auf landwirtschaftliche Erzeuger, bei denen insbesondere die Anwendung der normalen Mehrwertsteuerregelung auf Schwierigkeiten stoßen würde, als Ausgleich für die Belastung durch die Mehrwertsteuer, die auf die von den Pauschallandwirten bezogenen Gegenstände und Dienstleistungen gezahlt wird, eine Pauschalregelung anzuwenden. Hiervon hat der Gesetzgeber mit § 24 UStG Gebrauch gemacht. Nach Artikel 297 Satz 1 der MwStSystRL legen die Mitgliedstaaten die Durchschnittssätze fest. Nach Artikel 298 Satz 1 MwStSystRL werden die Pauschalausgleich-Prozentsätze anhand der allein für die Pauschallandwirte geltenden makroökonomischen Daten der letzten drei Jahre bestimmt.

Durch die Änderung wird der Durchschnittssatz (Pauschalausgleich-Prozentsatz) für Land- und Forstwirte jährlich automatisch auf den jeweils aktuellen Wert angepasst. Hierzu sind die Vorsteuern aller pauschalierenden Landwirte zu den Umsätzen aller pauschalierenden Landwirte jeweils eines Dreijahreszeitraums ins Verhältnis zu setzen. Die Vorsteuerbelastung der Pauschallandwirte wird dabei anhand der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland (LGR) und der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) ermittelt. Diese beiden Statistiken enthalten die makroökonomischen Daten i.S.d. Artikel 298 MwStSystRL. In die Berechnung fließen die letzten drei Jahre ein, für die sowohl die LGR als auch die Umsatzsteuerstatistiken vorliegen (gewogener Durchschnitt). Das Bundesministerium der Finanzen hat den ermittelten Durchschnittssatz spätestens bis zum 30. September des Jahres, in dem dieser ermittelt worden ist, im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung ist rein deklaratorisch. Der ermittelte Durchschnittssatz gilt sodann ab dem 1. Januar des Folgejahres.

Die Gesetzesänderung folgt der Empfehlung des Bundesrechnungshofs. Der Bundesrechnungshof hatte die Berechnungsmethode für die Ermittlung des Durchschnittssatzes für Land- und Forstwirte kritisiert. Er befürwortet eine gesetzliche Regelung, die die Berechnungsgrundlagen für die Vorsteuerbelastung, die Berechnungsmethode, die jährliche Überprüfung und ggf. Anpassung des Durchschnittssatzes festlegt.

Der Gesetzgeber hat sich dem Bundesrechnungshof angeschlossen und der Bundesregierung aufgegeben, die Höhe des Durchschnittssatzes jährlich anhand der maßgeblichen aktuellen statistischen Daten zu überprüfen (Monitoring).

Zu Nummer 2

§ 27 Absatz 36 – neu

Die Regelung bestimmt, dass der Durchschnittssatz für Umsätze nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. Januar 2023 9,5 Prozent beträgt. Diesen Durchschnittssatz hat der Bundesrechnungshof als derzeit zutreffenden Wert ermittelt. Die Anwendungsregelung ist erforderlich, da das in § 24 Absatz 5 (neu) beschriebene Verfahren, insbesondere die Veröffentlichung des aktuellen Werts bis spätestens 30. September eines Jahres, aufgrund des Inkrafttretens zum 1. Januar 2022, erstmals auf Umsätze nach dem 31. Dezember 2022 angewendet werden kann.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderung des Umsatzsteuergesetzes)

Zu Nummer 1

Inhaltsübersicht

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu den Nummern 2 und 3.

Zu Nummer 2

Überschrift zu § 4a

Die Überschrift wird redaktionell neu gefasst.

Zu Nummer 3

§ 4c UStG – neu -

Mit dem neuen § 4c wird Artikel 151 Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe ab und Absatz 3 der Richtlinie 2006/112/EG in der Fassung von Artikel 1 der Richtlinie (EU) 2021/1159 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie (ABl. L 250 vom 15. 7. 2021, S. 1) umgesetzt. Im Interesse der Rechtsklarheit werden auch Regelungen zur Steuervergütung bei Leistungsbezügen für den Dienstbedarf einer begünstigten europäischen Einrichtung aufgenommen. Soweit unionsrechtlich zulässig, soll die Entlastung von der Umsatzsteuer nicht durch eine Befreiung der bezogenen Leistung, sondern im Wege der Steuervergütung erfolgen. Dies vermeidet bürokratische Lasten für die Wirtschaft. Für die Durchführung des Vergütungsverfahrens wird das Bundeszentralamt für Steuern zuständig sein (§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 FVG).

Absatz 1 regelt den Umfang der vergütungsfähigen Steuerbeträge. Vergütungsfähig ist die von einer europäischen Einrichtung als Bestandteil des Preises für die Leistung gezahlte Umsatzsteuer sowie daneben die von einer europäischen Einrichtung nach § 13b UStG selbst geschuldete und an das Finanzamt entrichtete Umsatzsteuer. Daneben wird klargestellt, dass die Anwendung einer Steuerbefreiung (z. B. nach § 4 Nummer 7 Buchstabe d UStG) der Steuervergütung vorgeht.

Absatz 2 enthält eine abschließende Aufzählung der vergütungsberechtigten europäischen Einrichtungen.

Absatz 3 regelt die sachlichen Voraussetzungen für eine Steuervergütung in den Fällen des Leistungsbezugs für den Dienstbedarf durch eine in Absatz 2 Nummer 1 genannte Einrichtung. Maßgeblich sind die Regelungen des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union beigefügten Protokolls (Nr. 7) über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union und der Übereinkünfte zu seiner Umsetzung bzw. die Regelungen, die in den Abkommen über den Sitz der Einrichtung getroffen wurden.

Absatz 4 regelt die sachlichen Voraussetzungen für eine Steuervergütung in den Fällen des Leistungsbezugs durch eine in Absatz 2 Nummer 2 genannte Einrichtung. Eine Steuervergütung ist insbesondere davon abhängig, dass die Leistung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie bezogen wurde und nicht entgeltlich an Dritte weitergegeben wird.

Zu Nummer 4

§ 5 Absatz 1 Nummer 8 und 9 - neu -

Mit diesen Regelungen wird Artikel 143 Absatz 1 Buchstabe fb und Absatz 3 der Richtlinie 2006/112/EG in der Fassung von Artikel 1 der Richtlinie (EU) 2021/1159 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie (ABl. L 250 vom 15. 7. 2021, S. 1) umgesetzt. Im Interesse der Rechtsklarheit werden auch Regelungen zur Steuerbefreiung von Einfuhren für den dienstlichen Bedarf begünstigter Einrichtungen aufgenommen. Die Umsetzung erfolgt im Wege einer Steuerbefreiung, da in Einfuhrfällen die Anwendung eines Vergütungsverfahrens unionsrechtlich nicht zulässig ist. Die Wirkung der Steuerbefreiung bei der Einfuhr entspricht der Wirkung der Steuervergütung nach § 4c UStG.

Zu Nummer 5

§ 27 Absatz 35 - neu -

Die Vorschrift regelt die erstmalige Anwendung der Neuregelungen in § 4c und § 5 Absatz 1 Nummer 8 und 9 UStG. Insoweit schreibt Artikel 2 der Richtlinie (EU) 2021/1159 des Rates vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eine rückwirkende Anwendung ab dem 1. Januar 2021 vor.

Zu Artikel 3 (Änderung des Jahressteuergesetzes 2020)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung von Artikel 15 Nummer 3 des Jahressteuergesetzes 2020, mit dem § 5 Absatz 1 UStG mit Inkrafttreten am 1. Juli 2022 geändert wird. Um eine Kollision mit der zeitlich zuvor durch Artikel 2 Nummer 4 des vorliegenden Gesetzes eintretenden Änderung zu vermeiden, muss Artikel 15 Nummer 3 des Jahressteuergesetzes 2020 an die neue Nummerierung in § 5 Absatz 1 UStG angepasst werden.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.